



WIRTSCHAFTSETHIK

Die „neue Radikalität“ der Manager

Im Korruptionsindex von Transparency International ist Österreich in Europa nicht gerade ein Spitzenreiter. Laut einem Berliner Thinktank sei der Grund eine „neue Radikalität“.

WIEN/BERLIN. Die Verbesserung Österreichs im Transparency-Korruptions-Ranking von Platz 26 auf aktuell Platz 23 war zwar positiv, für viele Kommentatoren ist aber auch dieser Wert im EU-Vergleich bestenfalls Mittelmaß. Auch der Direktor der Berliner „Denkfabrik für Wirtschaftsethik“, Ulrich Thielemann, sieht das so: „Der Wert ist erstaunlich tief für Europa.“ Allerdings: Nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft ist immer wieder im Gespräch, wenn es um Ethik geht. Doch wie ist es um die Ethik in

der Wirtschaft bestellt? Thielemann ortet bei Managern eine „neue Radikalität“. Bestes Beispiel seien Konzerne, die Steuerschlupflöcher nutzen, um die Gewinne zu steigern – und ihre Boni gleich dazu. Die Möglichkeiten der Politik, mit Gesetzen einzugreifen, seien wegen des internationalen Standortwettbewerbs beschränkt. Compliance-Systeme entfalteteten nur beschränkte Wirkung, wenn Geldbußen geringer als erzielbare Gewinne seien.

Diese „neue Radikalität“ sei auch eine Folge größeren Konkurrenzdrucks unter Unternehmen und mache sich auch im Umgang mit Mitarbeitern bemerkbar – jeder fünfte Mitarbeiter klagt laut einer von Thielemann zitierten Studie etwa darüber, ausgebrannt zu sein. Der Kern dieser neuen Radikalität sei aber, dass mit Gewinnmaximierung radikal ernst gemacht werde. Die



Nur durch „globalen Waffenstillstand“ erzielbar: **Verantwortungsvoller Umgang** mit allen Beteiligten statt sture Gewinnmaximierung

Folge dieses „neoklassischen, neoliberalen Ansatzes“ ist laut Thielemann, dass stets der eigene Vorteil im Zentrum stünde. Er setzt diesem System einer freien Marktwirtschaft ein Modell der „eingebetteten Marktwirtschaft“ entgegen, in dem Manager mit „allen Stakeholdern“ verantwortungsvoll umgehen, wozu Integrität erforderlich sei. Im Zweifel gebühre der Ethik der Vorrang vor der Erfolgsorientierung.

„Waffenstillstand“

Was wäre die Lösung? Diese kann nur global gefunden werden. „Wir leben in der Zeit eines ‚Weltwirtschaftskriegs‘. Man müsste in einem gewissen Maße zu einem globalen Waffenstillstand kommen“, so Thielemann.

OLIVER JAINDL
oliver.jaindl@wirtschaftsblatt.at

DISKUSSION

■ **Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft – was bleibt, was kommt?“** diskutieren am Donnerstag, 11. Dezember, um 19 Uhr im Meerscheinschlössl (Mozartgasse 3, Graz) der Industrielle, ehemalige Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch sowie Ulrich Thielemann (Gründer und Leiter der „Denkfabrik für Wirtschaftsethik“, Berlin). Die Moderation übernimmt Ernst Sittinger (Leiter der Wirtschaftsredaktion und Mitglied der Chefredaktion der „Kleinen Zeitung“). Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Styria Media Group mit dem Interfakultären Masterstudium Angewandte Ethik an der Karl-Franzens-Universität Graz (Anmeldung: theologisches.dekanat@uni-graz.at).



„Waffenstillstand für die Wirtschaft“

Disputatio. Styria und Grazer Theologie luden zur Diskussion über soziale Marktwirtschaft.

Graz. Churchills Bonmot, wonach die Demokratie die schlechteste aller Regierungsformen sei, ausgenommen alle anderen – das könne man abgewandelt auch auf die Marktwirtschaft übertragen, eröffnete Hannes Androsch: Der Industrielle diskutierte am Donnerstagabend bei der Disputatio „Soziale Marktwirtschaft – was bleibt, was kommt?“, zu der Styria Media Group und der Studiengang Angewandte Ethik der Uni Graz geladen hatten.

Androschs Gegenüber, der Berliner Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann, bezeichnete die soziale Marktwirtschaft als „historische Epoche“. Seit den 1980er-Jahren sei sie durch das „neoliberale Regime“ abgelöst worden, das die Orientierung an der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur für Unternehmen,



Styria-Vorstand Markus Mair, Unternehmer Hannes Androsch, Moderator Ernst Sittinger, Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann und Theologie-Dekan Reinhold Esterbauer (von links).

[Jörgen Fuchs]

sondern auch für Personen und Staaten zur Prämisse allen Handelns erhoben habe. Die Orientierung der Politik an nichts als der Wettbewerbsfähigkeit, so eine weitere Zuspitzung Thielemanns,

bedeute das Ende politischer Freiheit: „An die Stelle des gegenwärtigen Weltwirtschaftskriegs um Marktanteile müssen globale wettbewerbliche Waffenstillstandsabkommen treten.“ (red.)